

II-845 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

16.11.1967

400/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Kleiner und Genossen
 an den Bundeskanzler,
 betreffend grundsätzliche rechtspolitische Fragen hinsichtlich des Entwur-
 fes eines Bundeshaushaltsgesetzes.

-.-.-.-.-

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst hat in seiner den Entwurf eines Bundeshaushaltsgesetzes betreffenden Note an das Bundesministerium für Finanzen vom 15. September 1967, Zl. 24.222-2/67, u.a. folgendes ausgeführt:

"Einige grundsätzliche rechtspolitische Fragen, die sich aus dem genannten Entwurf ergeben, waren am 12.9.1967 Gegenstand einer Aussprache zwischen Vertretern des do. Bundesministeriums und des Bundeskanzleramts-Verfassungsdienst; auf das Ergebnis dieser Besprechung wird hingewiesen.

Weiters sei bemerkt, daß die vorliegende ho. Stellungnahme sich auf die Darlegung der grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Problematik beschränkt. Darüber hinaus geben insbesondere die Erläuternden Bemerkungen zu weiteren Ausführungen vom Standpunkt des ho. Wirkungsbereiches Anlaß, die aber besser einer mündlichen Erörterung vorbehalten bleiben sollten. Die Anberaumung des Termins für eine solche Aussprache darf dem do. Bundesministerium überlassen werden."

Im Hinblick auf diese Ausführungen stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die nachstehenden

A n f r a g e n :

- 1) Ist das Ergebnis der Aussprache vom 12.9.1967 schriftlich festgehalten worden?
- 2) (Bei Bejahung der Frage 1): Welchen Wortlaut hat das diese Aussprache betreffende Dienststück?
- 3) Hat die dem Bundesministerium für Finanzen vorgeschlagene weitere Aussprache bereits stattgefunden?
- 4) (Bei Bejahung der Frage 3): Zu welchem Ergebnis hat diese Aussprache geführt?

-.-.-.-.-